

Bericht der Synodalen Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus

Auf Initiative der Kreissynode Recklinghausen hat sich aufgrund aktueller antisemitischer Vorfälle (Demonstration mit antisemitischen Parolen vor der Synagoge in Gelsenkirchen, eine Karikatur mit antisemitischen Zügen) ein intersynodaler Arbeitskreis zum Thema Antisemitismus gebildet.

Die Arbeitsgruppe hat sich bis dato mehrmals getroffen und mit dem Thema und der Aufgabenstellung beschäftigt. Die Arbeitsgruppe sieht ihre Aufgabe nicht darin, eine theoretische Abhandlung über das Thema zu erstellen, sondern ganz konkret zu überlegen, mit welchen weiteren Maßnahmen wir im Gestaltungsraum X dem Antisemitismus entgegentreten können. Uns ist auch wichtig, mit der Jüdischen Kultusgemeinde Recklinghausen und der Jüdischen Kultusgemeinde Gelsenkirchen ins Gespräch zu kommen und nachzuhören, inwieweit die Gemeinden und Mitglieder der Gemeinden von antisemitischen Vorfällen betroffen ist bzw. sind. Am 13.7.21 fand ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde Recklinghausen Dr. Marc Gutkin und dem Kantor Isaac Tourgman statt. Ein Gespräch mit der Vorsitzenden der Jüdischen Kultusgemeinde Gelsenkirchen, Frau Neuwald-Tasbach, ist geplant.

Situation der Jüdischen Kultusgemeinden im Gestaltungsraum X:

Die Vertreter Jüdische Kultusgemeinde Recklinghausen berichteten, dass es im Kreis Recklinghausen in der jüngeren Vergangenheit keine antisemitischen Übergriffe oder Vorfälle gegeben hätte. Wie alle jüdischen Einrichtungen in Deutschland unterliegt die Gemeinde polizeilichen Schutzmaßnahmen, die nach dem Vorfall in Gelsenkirchen noch einmal erhöht wurden. Der Polizeischutz für die Synagoge wurde auf 24 Stunden ausgeweitet, die Sicherheitsmaßnahmen im Gebäude noch einmal verstärkt. Trotzdem versucht die Gemeinde auch weiterhin, öffentlich in der Stadt z.B. bei Gedenktagen präsent zu sein und die Synagoge auch zu einem öffentlichen Ort zu machen (z.B. durch ein Kulturprogramm).

Die Gemeinde wünscht sich, dass sich weitere Institutionen an dieser Öffnung beteiligen, z.B. durch Besuche von Schulklassen, gemeinsame Veranstaltungen u.a.m.

Frau Neuwald-Tasbach, Vorsitzende der Gelsenkirchener Gemeinde berichtete schon vor einigen Jahren in einer gemeinsamen Pfarrkonferenz im Gestaltungsraum auch aus eigener Erfahrung von dem Problem des alltäglichen Antisemitismus, der in weiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor verbreitet ist. Aktuell gab es im Rahmen des erneuten Aufflammens des Nahost-Konfliktes am 12. Mai 2021 eine Demonstration an der Synagoge mit antisemitischen Parolen. Auch die Synagoge in Gelsenkirchen steht dauerhaft unter Polizeischutz.

Kirchliche Initiativen, die schon jetzt versuchen, dem Antisemitismus entgegenzuwirken:

Die Gesellschaft für christlich-Jüdische Zusammenarbeit macht dies seit 60 Jahren v.a. auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und in der Zusammenarbeit mit Schulen.

In Recklinghausen gibt es ein Friedensgebet der drei abrahamitischen Religionen.

Das Abrahamfest in Marl kooperiert eng mit der Jüdischen Kultusgemeinde Recklinghausen, organisiert Besuche in der Synagoge, sowie u.a. Vorträge und schafft Begegnungsorte für Angehörige des Judentums, Christentums und des Islam.

Das aus dem Abrahamfest hervorgegangene Abrahamhaus ist eine interreligiöse Mitmachausstellung, die vom Kirchenkreis Recklinghausen angekauft worden ist und die demnächst in neuen Räumlichkeiten in Marl wiedereröffnet wird: Hier erzählen Vertreter*innen der drei Religionen jeweils von ihrer Religion und kommen auch über kreatives Arbeiten ins Gespräch. Die Zielgruppe ist breit gefasst (von 6-99 Jahren).

Im Rahmen des Programms „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ finden mehrere Veranstaltungen im Gestaltungsraum X statt.

In Gladbeck, Bottrop und Dorsten sind vor allem Bündnisse gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aktiv.

Darüber hinaus ist das Jüdische Museum Dorsten ein wichtiger Ort für die ganze Region, um sich über das Judentum zu informieren.

Beschluss:

Die Kreissynode des Ev. Kirchenkreises Gladbeck-Bottrop-Dorsten schließt sich der Erklärung der Landessynode „Antisemitismus entschieden entgegnetreten“ vom 2. Juni 2021 an.

1. Wir stehen an der Seite der Jüdischen Kultusgemeinde Gelsenkirchen, der Jüdischen Kultusgemeinde Recklinghausen und der jüdischen MitbürgerInnen in unseren Städten.
2. Wir stehen an ihrer Seite, weil wir DemokratInnen sind. Und wir stehen an ihrer Seite, weil wir ChristInnen sind.
3. Wir wollen die bisherigen Initiativen in unseren Kirchenkreisen, die sich u.a. auch dem Antisemitismus entgegenstellen, stärken und fördern, aber auch im Rahmen der eigenen Gemeindearbeit und der Arbeit der Einrichtungen der Kirchenkreise zugänglicher machen und stärker nutzen. Dazu wird entsprechendes Informationsmaterial erstellt.
4. Wir werden den Kontakt zur Jüdischen Kultusgemeinde Recklinghausen und der Jüdischen Kultusgemeinde Gelsenkirchen verstärken und verstetigen. Es soll ein jährliches Treffen mit der Jüdischen Kultusgemeinden zum gemeinsamen Austausch und zur Planung gemeinsamer Aktivitäten unter Einbeziehung Interessierter aus den Gemeinden und der Kirchenkreise stattfinden.
5. Wir verpflichten uns als evangelische ChristInnen in der Emscher-Lippe Region, im Notfall, wenn eine der Jüdische Kultusgemeinden oder einzelne ihrer Mitglieder angegriffen oder attackiert wird und werden, solidarisch an ihrer Seite zu stehen.
6. Wir verurteilen die Ausschreitungen vom 13.05.2021 vor der Synagoge in Gelsenkirchen. Diese waren nicht vom demokratischen Demonstrationsrecht und vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Sie mögen auf die aktuelle Situation im Nahen Osten abgezielt haben. Getroffen haben sie unsere Demokratie. Und sie haben Menschen in ihrer Würde verletzt.

7. Synagogen und mit ihr die Jüdischen Gemeinden sind kein Ort, um gegen die Politik Israels zu demonstrieren. Denn eine Demonstration an diesem Ort identifiziert Jüdinnen und Juden mit dem Staat Israel und seiner Politik.
8. Die Rufe, die typisch waren für diese Ausschreitungen, lassen hören: Zwischen dem Staat Israel und unseren jüdischen MitbürgerInnen wird nicht unterschieden. Das bedeutet: Diese Ausschreitungen waren nicht anti-israelisch, sondern anti-semitisch.
9. Mit Antisemiten haben wir nichts gemeinsam. Sie sind unsere Gegner.

Mitglieder der Synodalen Arbeitsgruppe für die Kreissynode Recklinghausen:

- Dr. Dietmar Kehlbreier, Diakoniepfarrer, Ev. Kirchenkreis Recklinghausen
- Julia Borries, Ev. Erwachsenenbildung im kirchenkreis Recklinghausen
- Dr. Barbara Gierull, Arbeitsstelle Fundraising
- Roland Wanke, Synodalbeauftragter des Ev. Kirchenkreises Recklinghausen

Für die Kreissynode Gladbeck-Bottrop Dorsten:

- Oskar Fenske
- Delia Fenske
- Henner Maas, Synodalbeauftragter des Ev. Kirchenkreises Gladbeck-Bottrop

Diese Stellungnahme beinhaltet eine Ökumenische Stellungnahme von Mai 2021 der Superintendenten der Kirchenkreise Gelsenkirchen und Gladbeck-Bottrop-Dorsten, der Kirchengemeinden Bottrop und Gladbeck mit den Stadtdechanten aus Gelsenkirchen, Bottrop und Gladbeck sowie des Dekans der Altkatholischen Kirche.



synodenBESCHLUSS

2. Tagung der 19. Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld,
30. Mai bis 02. Juni 2021

Antisemitismus entschieden entgegentreten

Erklärung der Landessynode der Evangelischen Kirche von Westfalen

Mit Entsetzen nehmen wir wahr, dass es in den letzten Wochen in mehreren westfälischen Städten zu antisemitischen Ausschreitungen, z.T. in der Nähe von Synagogen, gekommen ist. Daher erklären wir:

1. Wir stehen an der Seite der Jüdischen Gemeinden und der Bürger:innen jüdischen Glaubens in unserem Land.
2. Wir sind zutiefst überzeugt: Christlicher Glaube und Judenhass schließen einander aus. Denn Kirche und Synagoge zeugen gemeinsam von Gottes Verheißung.
3. Wir bekräftigen: Antisemitismus bedroht uns alle und ist ein Angriff auf unser demokratisches Gemeinwesen.
4. Wir unterstreichen, dass das Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung ein hohes Gut in unserer Gesellschaft darstellen. Das Verbrennen von israelischen Fahnen und das Skandieren antisemitischer Parolen stehen dazu im krassen Widerspruch. Dies ist durch nichts zu rechtfertigen.
5. Wir verurteilen jeglichen israelbezogenen Antisemitismus. Bürger:innen jüdischen Glaubens und jüdische Gemeinden dürfen nicht mit dem Staat Israel und seiner Politik identifiziert und vielschichtige Konfliktlagen nicht zu einer jüdischen Frage gemacht werden. Umgekehrt darf eine inhaltliche Kritik an der Politik des Staates Israel nicht per se als Antisemitismus deklariert werden.
6. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form von Delegitimierung und Dämonisierung des Staates Israel.
7. Wir finden uns nicht damit ab, dass Synagogen und jüdische Einrichtungen in unserer Gesellschaft nicht ohne Schutzmaßnahmen auskommen können, dass Jüd:innen sich mit religiösen Symbolen und Zeichen nicht in die Öffentlichkeit trauen.
8. Wir fordern alle Ebenen der EKvW sowie die kirchlichen Einrichtungen und Werke auf, gegen jeglichen Antisemitismus Position zu beziehen.
9. Wir fordern diejenigen, die politische und gesellschaftliche Verantwortung tragen, auf, auch weiterhin alle Anstrengungen zur Prävention und Abwehr von Antisemitismus zu unternehmen.